

Ressort: Politik

SPD für staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Griechenland

Berlin, 23.07.2015, 09:17 Uhr

GDN - Die SPD hat staatliche Beschäftigungsprogramme und Investitionshilfen der Geldgeber für Griechenland gefordert - unter anderem in Form von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. "Die Gipfel-Vereinbarung allein ist kontraproduktiv für das Wirtschaftswachstum in Griechenland", sagte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Lothar Binding, der "Rheinischen Post" (Donnerstagsausgabe).

Die Bundesregierung solle durchsetzen, dass die Euro-Länder zusätzlich noch mehr für Wachstum und neue Arbeitsplätze tun. "Wir müssen auch Subventionen geben, etwa für öffentlich-rechtliche Beschäftigungsgesellschaften oder in Form von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, um die Kaufkraft der Leute zu steigern", so Binding. Zudem verlangte der SPD-Politiker "Investitionshilfen in der Energiewirtschaft, Landwirtschaft und im Tourismus". Griechenland muss im Gegenzug für ein drittes Hilfspaket Spar- und Reformgesetze auf den Weg bringen. Erste Maßnahmen wurden bereits beschlossen, etwa die Anhebung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und eine neue Zivilprozessordnung.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-57979/spd-fuer-staatliche-arbeitsbeschaffungsmassnahmen-in-griechenland.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619